



Wolfgang Ehmke

Atomkraft ist ein unerklärter Krieg gegen die Menschheit

Die Endlagersuche ist gescheitert

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) prognostiziert, bis zum Jahr 2040 würden beim "bestimmungsmäßigen Betrieb" insgesamt 277.000 Kubikmeter schwach- und mittelaktive Abfälle anfallen, 64% der Abfälle kämen aus kerntechnischen Einrichtungen, 36% stammten von der "öffentlichen Hand". Dazu kämen 29.000 Kubikmeter hochradioaktiver Abfälle, "Forschungseinrichtungen" wie das Kernforschungszentrum Jülich oder die verglasten hochaktiven Abfälle aus der ehemaligen WAA Karlsruhe machen einen geringen Anteil aus. Nicht eingerechnet sind: die Abfälle, die aus der Asse II geborgen werden sollen, sie sind nicht "bestimmungsgemäß", wie es im Amtsdeutsch heißt.

Die schwach- und mittelaktiven Abfälle sollen im ehemaligen Erzbergwerk **Schacht Konrad** versenkt werden, für die hochradioaktiven Abfälle gibt es bisher nur die kraftwerksnahen und die drei dezentralen Zwischenlager Ahaus, Lubmin und Gorleben. Aber wie jeder weiß, rechnet die Branche mit Gorleben als nuklearem Endlager.

Der Schacht Konrad, ein ehemaliges Erzbergwerk, ist als Endlager seit 2007 planfestgestellt. Klagen waren erfolglos. Eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof ist jedoch noch anhängig. Statt des geplanten Einlagerungsbeginns im Jahr 2014 ist jetzt die Rede davon, dass ab 2018 eingelagert werden könne. Völlig ungeklärt ist, ob die Abfälle aus der Asse II den Einlagerungsspezifikationen im Schacht Konrad entsprechen. Das setzt noch den Bau einer Konditionierungsanlage voraus. 303.000 Kubikmeter Strahlenmüll könnte laut BfS das Bergwerk fassen. Der Umbau von Schacht Konrad zu einem Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird voraussichtlich rund 1,6 Milliarden Euro kosten.

Die Asse brachte es an den Tag! Jahrelang wurden die Warnungen von Bürgerinitiativen und Wissenschaftlern ignoriert, bis kontaminierte Laugenzuflüsse in der Kaligrube **Asse II** bei Wolfenbüttel für Schlagzeilen sorgten. Diese wurden ohne jede Genehmigung in die Tiefe gepumpt. 1965 kauft die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), die Vorläuferin des Helmholtz-Zentrums, im Auftrag des Bundes das Kalibergrube für 800.000 DM. Vom 4.4.1967 bis Ende 1978 wurden 124.494 Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen gestapelt oder verstürzt. Aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe kamen angeblich 1.293 Fässer mit mittelradioaktivem Abfall hinzu. Leckende und korrodierte Fässer wurden angeliefert, flüssige Abfälle eingelagert. Inzwischen wird auch zugegeben, dass zwischen 1973 und 1976 mindestens 94 Fässer mit kugelförmigen Brennelementen aus einem Versuchsreaktor im Kernforschungszentrum Jülich in die Asse II gebracht wurden.

Auf ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren wurde seitens der GSF bewusst verzichtet, eine Bergung der Fässer war nie vorgesehen. Von Anfang an wussten die Betreiber von der Gefahr eines Wasserzuflusses. Doch Gefälligkeitsgutachter deckelten das riskante Unternehmen. Seit 1988 werden 12 Kubikmeter Wasser aufgefangen und abgepumpt. Die Lauge umspült zumindest eine Einlagerungskammer. Die Asse II säuft ab, der radioaktive Müll liegt drin. Ob eine – zumindest teilweise – Evakuierung der Abfälle noch möglich ist, soll bis zum Jahresende entschieden werden. 2,5 Mrd. Euro sind laut Bundesamt für Strahlenschutz



(BfS) für die Notsicherung veranschlagt. Das BfS hat die Verantwortung übernommen. Die Zuständigkeit wechselte, die Probleme bleiben.

Das zweite havarierte Endlager – **Morsleben** – wird in der aktuellen Debatte selten erwähnt. Zu Unrecht. Nicht die Asse II, sondern Morsleben war das erste genehmigte Endlager in Deutschland, das zur Zeit eilig geschlossen und teilweise mit Beton verfüllt wird, um das Einstürzen zu verhindern. 1970 erwarben die Atomkraftbetreiber der DDR die Salzgrube. Schon ein Jahr später beginnt das Endlager für radioaktive Abfälle (ERAM) den Betrieb. Parallelität der Ereignisse in Ost und West: Da keine Sicherheitsnachweise vorlagen, erfolgte die Einlagerung des Atommülls bis 1981 unter dem Titel „Einlagerungsversuchsphase“. Wissenschaftler des Deutschen Brennstoffinstituts in Freiberg (Sachsen) merkten schon 1969 an: „Die Grube ist trotz gegenwärtig geringer Zuflüsse einer großen hydrologischen Gefährdung ausgesetzt.“ Zu DDR-Zeiten wurden 14.430 Kubikmeter Abfälle eingelagert. Die Abfälle wurden versprüht, verstürzt und teilweise gestapelt. Zwischen 1994 und 1998 kamen 22.320 Kubikmeter Atommüll hinzu – in erster Linie „Westmüll“. Angela Merkel, die sich als Kanzlerin für die Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke und die Aufhebung des Gorleben-Moratoriums stark macht, stellte der Atommüllkippe noch 1997 als Bundesumweltministerin einen Blankoscheck aus: „Die Standsicherheit des Endlagers und der betroffenen Versturzkammern, aber auch der Hohlräume darüber und darunter, ist für die nächsten Jahrzehnte gegeben“. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren zur Schließung der Anlage hinkt den Sicherungsmaßnahmen hinterher. Die Kosten für die Schließung – nach Schätzungen des BfS etwa 2,57 Mrd. Euro - tragen ebenfalls die Steuerzahler.

Weltweit gibt es nach 50 Jahren Nutzung der Atomkraft zur Stromproduktion kein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle. Jahrelang galt die Asse als Pilotprojekt für **Gorleben**. Die Einlagerung von wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen wurde dort simuliert. Wärmequellen sollten Aufschluss geben, wie sich das Salzgestein verhält. Zum Glück konnte Anfang der 90er Jahre verhindert werden, dass hochradioaktiver Müll aus der Plutoniumfabrik und Waffenschmiede Hanford (USA) eingelagert wurde. Jeder Salzstock hat ein individuelles Design. Deshalb verbietet sich ein Kurzschluss – die Asse säuft ab, also geht Gorleben nicht. Der Schacht Konrad, Morsleben und die Asse II waren Gewinnungsbergwerke, dort wurde Erz bzw. Kali abgebaut. Gorleben gilt als „unverritz“. Doch die Parallelen zwischen der Asse und Gorleben liegen auf der Hand: Wasserkontakt, Gefälligkeitsgutachter, die Anwendung des Berg - statt des Atomrechts, um ohne Öffentlichkeitsbeteiligung arbeiten zu können.

Das Gorleben-Moratorium des Jahres 2000 war Ergebnis eines politischen Kompromisses, zustande gekommen ist das Moratorium aber nur, weil Geologen an der Eignung Gorlebens zweifeln. Als 1977 der einzige Standort für ein nukleares Endlager, in dem vor allem der hochradioaktive Müll gelagert werden soll, benannt wurde, spielten geologische Kriterien eine völlig untergeordnete Rolle: sie schlugen mit 12,8% zu Buche, gesucht wurde nämlich ein passendes Areal von 12 Quadratkilometern für den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage. Auf 300 Seiten legte Prof. Dr. Klaus Duphorn bereits 1982 fundiert und akribisch dar, welche Risiken der Salzstock Gorleben als Folge der komplizierten geologischen Struktur und der Wasserkontakte für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle birgt. Auftraggeber war die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), also die Vorgängerbehörde des BfS. Im Mai 1983 hatte der Amtsleiter Professor Helmut Röthemeyer in Hannover gegenüber Journalisten eine Zusammenfassung der bis dahin vorliegenden Untersuchungsergebnisse mit einer „internen Gesamtbewertung“ verbunden, die zu der Empfehlung gelangte, „das Erkundungsrisiko breiter zu streuen.“ Ziel der PTB war es, auch andere Salzstöcke zu



erkunden. Für eine Behörde war das ein unerhört mutiger Schritt, konsequenter wäre gewesen, ganz auf die Einbahnstraße Gorleben zu verzichten. Erst zwei Jahre später erfuhr die Presse, dass die Bundesregierung der PTB per Weisung untersagt hatte, derartige Überlegungen anzustellen (FR 25.7.85 „Maulkorb für kritische Äußerung über Gorleben“). Heute befasst sich ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit der Schönung der Akten. Allen Bedenken zum Trotz beschloss das Bundeskabinett unter Helmut Kohl dann im Juli 1983, dass mit dem Abteufen der Schächte begonnen werden sollte. Übrigens: Unverritz ist auch das Endlagerbergwerk Gorleben nicht mehr. In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden mehrere Tiefbohrungen bis in 3000 Meter Tiefe niedergebracht, auf der Suche nach Kaliflözen, diese Bohrungen wurden nicht richtig verfüllt, weiß der Kulturhistoriker Dr. Michael Reiff zu berichten. Auch mit dem Ausbau der Schachanlage wurden Wasserwegsamkeiten eröffnet. Spätestens während einer Betriebsphase wäre ein solches Argument ohnehin hinfällig.

Norbert Röttgen (CDU) hält strikt an Gorleben fest, obwohl nun auch noch offensichtlich wurde, dass Gaseinschlüsse im und Gasvorkommen unter dem Salz bewusst verschweigen wurden. Er will dort "ergebnisoffen" aber alternativlos weiter erkunden lassen und hob das Moratorium auf. Dabei konnte er getrost auf die Sicherheitskriterien von Sigmar Gabriel (SPD), seinem Vorgänger, zurückgreifen, die auf Gorleben zugeschnitten wurden: Es ist nicht mehr die Rede von einem Mehrbarriersystem. Allein das Endlagergestein – der einschlusswirksame Gebirgsbereich - soll für eine Million Jahre Sicherheit bieten. Welch Hybris! Schon Gabriel sagte laut, dass Gorleben als Endlager zu Ende gebaut wird, wenn sich keine Alternativen aufdrängen. Es drängt sich eher die Frage auf, warum allein in Deutschland die nukleare Community auf Salz als Endlagergestein setzt. So gibt es gleich zwei Einbahnstraßen: Gorleben und Salz.

Der Wind dreht sich. Argumente zählen. Der Bundeskanzlerin Angela Merkel entfuhr nur noch die Klage, dass in Gorleben bereits 1,51 Mrd. Euro verbaut wurden. Geld statt Sicherheit. Das ist übrigens die einzige Summe, die von den Atomstromproduzenten aufgebracht werden musste. Ein Witz angesichts der 27,5 Mrd. Euro, die die Atomstromkonzerne steuerfrei an Rücklagen für die nukleare Entsorgung angehäuft haben. Allein aus den Zinsen ließen sich Alternativen zu Gorleben erkunden. Es ist Zeit, für Weichenstellungen, für eine Energiepolitik, die auf die Regenerativen, Energieeffizienz und Sparpotentiale setzt und – was die hochgefährlichen Hinterlassenschaften des Atomzeitalters angeht - eine vergleichende Endlagersuche mit verbrieften Beteiligungsrechten der Öffentlichkeit – Gorleben aber gehört zurückgebaut. Sofort! Für den Herbst 2011 ist nun der 13. Castortransport nach Gorleben angekündigt worden. Wir setzen in unserem Protest nun erst recht auf die breite Unterstützung im Lande und wollen dafür sorgen, dass die Atomkraft und Gorleben dahin kommen, wo sie hingehören: auf den Misthaufen der Nukleargeschichte

Die Ruhe auf dem Lande ist oft stille Wut (Nicolas Born)

www.bi-luechow-dannenberg.de